

UMBRUCH IM NAHEN OSTEN

WAS FOLGT AUF DIE EREIGNISSE IN TUNESIEN UND ÄGYPTEN?

Michael A. Lange

Die Welt blickt in diesen Tagen mit großer Neugier und wohl auch etwas Verwunderung auf die Arabische Welt und begleitet über die Medien das sensationelle Geschehen. Die Ereignisse sind, vor allem für politische Beobachter, die diese Länder aus früheren Begegnungen zu kennen glaubten, ebenso überraschend wie besorgniserregend.

Die lange unterdrückten und drangsaliierten Bürger dieser arabischen Staaten erheben sich gegen die despotische Willkür ihrer Autokraten und begehren auf gegen Bevormundung und Vernachlässigung. Sie fordern Gehör und Beachtung ihrer Würde. Sie wollen teilhaben an den Entscheidungen über ihre Zukunft und werden sich nicht mehr verträsten lassen: „We want democracy – now!“

UMBRUCH IN TUNESIEN

Den Anfang nahmen die Entwicklungen in Tunesien. Ein junger Hochschulabsolvent der Informatik aus der Kleinstadt Sidi Bouzid im Süden Tunesiens, Mohamed Bouazizi, findet trotz abgeschlossenen Studiums und angestrebter Suche in der Hauptstadt seines Landes keinen adäquaten Berufseinstieg. Er überwindet seinen Stolz und kehrt in seine Heimatstadt zurück, wo er versucht, seinen Lebensunterhalt auf weniger akademische Weise, aber ehrlich, zu verdienen.

Er sucht ein Auskommen als fliegender Gemüsehändler. Die dortigen Behörden begegnen diesem erfolglosen „abtrünnigen“ Akademiker mit Misstrauen und verweigern ihm die nötige Lizenz zum Straßenverkauf, auch weil er die geforderten Beschleunigungsgelder (Korruption) nicht



Dr. Michael A. Lange ist Teamleiter Politikdialog und Analyse der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er leitete nahezu 20 Jahre lang verschiedene Büros der Stiftung im Nahen Osten, u.a. in Tunis (1985 bis 1988) und Kairo (2001 bis 2007).

Dieser Text ist ein Vorabdruck aus den Auslandsinformationen, Ausgabe März.

zahlen kann oder zahlen will. Als er trotzdem weitermacht, greift ihn die Polizei auf, sperrt ihn ein, konfisziert seinen Eselskarren und sein Gemüse, verprügelt ihn in Ermangelung requirierbaren Barvermögens und lässt ihn wieder gehen.

Der diplomierte Heimkehrer – in seiner Menschenwürde zutiefst verletzt – sieht nach mehrmaliger Wiederholung dieses Verfahrens vor Aussichtslosigkeit und Scham keine Alternative als den Freitod. Er übergießt sich mit Benzin und versucht, sich das Leben zu nehmen, überlebt jedoch zunächst. Der Präsident des Landes, Zine El-Abidine Ben Ali, erschrocken über diese grausige Tat, reist noch an das Krankenbett des offensichtlich Verzweifelten und spricht ihm telegen sein Mitgefühl aus. Zu spät, der symbolische Handschlag wird weder das verzweifelte „Opfer“ noch den beunruhigten „Täter“ retten. Am 4. Januar stirbt Mohamed Bouazizi an seinen Verletzungen.

1987 hatte Ben Ali als damaliger Ministerpräsident die Macht an sich gerissen. Mit Unterstützung des Militärs und der Polizei zwang er den senilen Republikgründer Boughiba in den Ruhestand.

Fast 25 Jahre zuvor, an einem friedlichen Novembermorgen im Jahr 1987, hatte Ben Ali als damaliger Ministerpräsident die Macht in Tunesien an sich gerissen. Mit Unterstützung des Militärs und der Polizei zwang er in einem

Medical Coup den senilen Republikgründer Habib Boughiba, seinen langjährigen Förderer, ohne Blutvergießen in den „krankheitsbedingten“ Ruhestand. Die tunesische Bevölkerung begrüßte das Ende einer längeren Phase wirtschaftlicher Stagnation und politischen Attentismus.

Der neue Präsident formierte sogleich eine neue politische Sammlungsbewegung, die sich Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD) nannte, zu neuen Ufern strebte und viele engagierte junge Kräfte anzog. Die überalterte Führungselite der Ära Bourghiba wurde abgelöst. Eine dem neuen Präsidenten verpflichtete Staatspartei sicherte ihm die notwendige parteipolitische Unterstützung.

Die Erfahrungen, die das Nachbarland Algerien mit dem Wahlerfolg der Islamisten und dem folgenden Bürgerkrieg machte, sicherten dem neuen Präsidenten Anfang der neunziger Jahre die Unterstützung der Mehrheit der Bürger bei der dann einsetzenden massiven Verfolgung der Islamisten im eigenen Land. Deren damaliger Führer Rachid

Ghannouchi verließ schließlich isoliert das Land und ging nach London ins Exil.

Nachdem der Präsident sich auch noch aus der Verbandelung Tunesiens mit der PLO gelöst und von pan-arabischen Träumen und dem Palästina-Konflikt distanziert hatte, konnte er auf die Bereitschaft des Westens zu verstärkter politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit zählen. Innenpolitisch stabilisiert und außenpolitisch neu positioniert, setzte man in Tunesien nun auf wirtschaftliche Liberalisierung und die Förderung der Klein- und Mittelindustrie sowie des Tourismus. Die Wirtschaft wuchs im Schatten eines von der Polizei kontrollierten Staates.

Dann heiratete der Präsident eine Tochter des bekannten Trabelsi-Clans, einer in der tunesischen Wirtschaft schon damals in äußerst umstrittener Weise aktiven tunesischen Großfamilie. Unter dem Schutz des Präsidenten agierte der Familienclan immer unverschämter und beugte das Recht zu seinen Gunsten. Kein größeres Geschäft, keine gewinnbringende Lizenz mehr ohne die Beteiligung des Trabelsi-Clans oder der Familie des Präsidenten. Selbst die dem Präsidenten bisher nahestehende tunesische Unternehmerschaft begann unter seiner Präsidentschaft mehr zu leiden als zu profitieren. Sie fühlte sich durch seitens des Trabelsi-Clans erzwungene Geschäftsbeteiligungen um ihren Profit gebracht und weigerte sich immer häufiger, die „Schutzgeldzahlungen“ an das Regime zu akzeptieren. Unternehmer enthielten sich weiterer Investitionen, orientierten sich nach Europa und entzogen dem Land Zug um Zug das so dringend benötigte Investitionskapital. Als dann schließlich die Wirtschafts- und Finanzkrise auch Tunesiens Wirtschaft erreichte und die Schaffung weiterer, für die wachsende Zahl gut ausgebildeter Hochschulabsolventen notwendiger Arbeitsplätze erschwerte, schwand in der tunesischen Bevölkerung die neuerliche Zuversicht und wich wachsender Frustration.

Kein größeres Geschäft, keine gewinnbringende Lizenz mehr ohne die Beteiligung des Trabelsi-Clans oder der Familie des Präsidenten.

Schließlich erschütterte der Selbstmord des jungen Studenten das Land und die latente Unzufriedenheit führte zu ersten Übergriffen auf Polizeistationen – zuerst noch in den vernachlässigten ländlichen Gebieten, dann auch in der Hauptstadt. Die Unzufriedenheit der Bürger

mit dem menschenverachtenden Vorgehen der (Polizei-) Behörden ließ sich nicht mehr kontrollieren und entlud sich in Protesten sogar der städtische Mittelschicht, die, unterstützt von in die Hauptstadt strömenden Unzufriedenen aus den ländlichen Regionen Tunesiens, den beginnenden Volksaufstand nährte. Der Präsidentenclan geriet in Panik und versuchte, mit seiner dem Präsidenten selbst treu ergebenen Staats- und Sicherheitspolizei die Situation in den Griff zu bekommen. Als dies nicht mehr gelang und die Armee die Gefolgschaft bei der Niederschlagung des Volksaufstandes verweigerte, war das Spiel vorbei.

Der Präsident erwies sich nur kurz als Kämpfer, flüchtete dann aber aus seinem Land wie ein Dieb, jedoch nicht, ohne zuvor noch die Aneignung der in der tunesischen Zentralbank verwahrten Goldreserven durch seine Ehefrau durchzusetzen. Er floh zunächst in Richtung Frankreich, eines vermeintlich befreundeten Landes, und musste dann schmerzlich zur Kenntnis nehmen, dass sich auch in einem verbündeten Land ein flüchtender Staatschef sehr schnell in einen verfeimten verwandelt.

UMBRUCH IN ÄGYPTEN

Ein junger ägyptischer Student, Khalid Said, begeistert sich für die neue Welt des Internets, für soziale Netzwerke und neue Möglichkeiten, mit Gleichgesinnten in Kontakt zu treten und sich über vieles auseinanderzusetzen, darunter auch über Politik. Mit ihm im Netz sind aber von Beginn an nicht nur Gleichgesinnte, sondern auch

Die totale Kontrolle des Internets galt zwar vornehmlich den Islamisten, doch en passant ließ sie sich auch zum Aufspüren von Homosexuellen und studentischen Rebellen nutzen.

Vertreter des gut ausgestatteten und ausgebildeten ägyptischen Sicherheitsdienstes, denen die viel beschworene Freiheit im Netz viel zu weit geht, um sie nicht zumindest zu

beobachten und, wenn Politik im Spiel ist, auch zu intervenieren. Die totale Kontrolle galt zwar vornehmlich den Islamisten und ihren ebenfalls technisch erstaunlich versierten Protagonisten, doch *en passant* ließ sie sich eben auch zum Aufspüren von Homosexuellen und studentischen Rebellen nutzen.

Zum Rebellen wurde auch der Student. Er startete eine Karriere als Blogger, die ihn in der ägyptischen Bloggerszene auffallen ließ, aber nicht nur dort. Die Sicherheits-

behörden bestellten ihn ein – eine übliche Warnung, sich mit seinen Aktivitäten nicht zu weit vom staatlich geduldeten Freiraum zu entfernen. Als er diese Mahnung nicht befolgte, verhaftete ihn die Polizei mehrmals und verprügelte ihn schließlich so schwer, dass er an seinen dabei erlittenen Verletzungen starb. Als sich diese Nachricht zuerst in der Bloggerszene und schließlich im gesamten studentischen Umfeld des Bloggers verbreitete, wuchsen der Unmut und die Protestbereitschaft der Studenten. Dann kamen die Neuigkeiten aus Tunis.

Fast drei Jahrzehnte zuvor, nach der Ermordung von Präsident Anwar As Sadat im Oktober 1981, hatte Hosni Mubarak als damaliger Vize-Präsident verfassungsgemäß die Macht in Ägypten übernommen. Wegen der Unterstellung, Sadat habe gerade ihn für dieses bedeutende Amt ausgewählt, weil er seinem ehemaligen Luftwaffenchef nicht das Charisma eines möglicherweise erfolgreichen Herausforderers zubilligte, galt er vielen als Übergangspräsident.

Mubarak konzentrierte sich vor dem Hintergrund des islamistisch inspirierten Attentats zuerst auf die Konsolidierung der innenpolitischen Lage. Mit Unterstützung des Militärs säuberte er die offensichtlich islamistisch unterwanderten unteren Mannschafts- und Offiziersränge, die seitdem nur noch regimetreuen Berufssoldaten offenstehen. Auch gründete er seine politische Macht auf eine neue politische Sammlungsbewegung, die National Democratic Party (NDP). Er erhob sie zur Staatspartei und setzte damit den parteitaktischen Spielereien seines Vorgängers ein Ende.

Mubarak säuberte die islamistisch unterwanderten unteren Mannschafts- und Offiziersränge, die seitdem nur noch regimetreuen Berufssoldaten offenstehen.

Nach der gelungenen innenpolitischen Stabilisierung konzentrierte sich Mubarak auf die außenpolitische Rehabilitation Ägyptens, das wegen der Friedensverträge von Camp David zwischenzeitlich den Sitz in der Arabischen Liga und die Unterstützung der Mehrheit der arabischen Staaten verloren hatte. Mubarak brachte es fertig, den Friedensvertrag im Kern zu erhalten, ihn nach der erfolgreichen Rückkehr in die Gemeinschaft der Arabischen Staaten für diese sogar „hinnehmbar“ zu machen.

Dieser Beweis seiner Standfestigkeit und Verlässlichkeit machte ihn zum vertrauenswürdigsten außen- und sicherheitspolitischen Verbündeten des Westens in der Nahostregion. Als unermüdlicher, wenn auch immer weniger erfolgreicher Vermittler im Nahostkonflikt profitierte er nicht zuletzt von der finanziellen Unterstützung dieser westlichen Verbündeten und der Bereitschaft ausländischer Investoren, sich in dem Land zu engagieren. Er vollendete schließlich die wirtschaftliche Öffnung seines Landes, indem er der lokalen Unternehmerschaft sogar den Einzug in die Spitzengremien seiner Partei ermöglichte, die bis dahin von alten Verbündeten aus Militär und staatlicher Bürokratie dominiert gewesen war.

In den letzten Jahren wurde diese Regierungsbilanz jedoch immer stärker durch die ungelöste Nachfolgefrage überschattet. Es schien immer wieder gute Gründe für den ägyptischen Präsidenten zu geben, das Amt noch einmal „auf sich zu nehmen“, obwohl die Unzufriedenheit mit seiner Herrschaft stetig wuchs und sich die Repression durch die Sicherheitskräfte verschärfte.

Gerade in den letzten Monaten hatten die Diskussionen um eine neuerliche Kandidatur Mubaraks viele Gemüter bewegt, ohne dass diese Kritiker eine klare oder gar einheitliche Vorstellung davon hatten, wer denn an Mubaraks Stelle als Kandidat antreten sollte. Zu sehr hatten potentielle Kandidaten jahrelang im Schatten des Präsidenten gestanden und keine individuelle Profilierung geschafft. Eine dynastische Erbfolge, die Übertragung der politischen Macht auf Mubaraks Sohn Gamal, stieß auch auf die entschiedene Ablehnung der überwiegend „republikanisch“ gesinnten Militärs.

Die Kraft des Regimes, deutliche Reformschritte einzuleiten, schwand. Selbst die Staatspartei versäumte es, rechtzeitig Zeichen zu setzen.

Auch hier wuchs also der Attentismus. Die Kraft des Regimes, zukunftsorientierte Politik zu skizzieren und deutliche Reformschritte ins Werk zu setzen, schwand mit jedem weiteren Monat im Leben des gesundheitlich angeschlagenen Präsidenten. Selbst die Staatspartei versäumte es, rechtzeitig Zeichen zu setzen und einer jüngeren Gruppe um Gamal Mubarak tatsächlich exekutive Funktionen zu übertragen.

So kam es, wie es vielleicht kommen musste. Als die Ereignisse in Tunis der Jugend in Kairo ein vielversprechendes Beispiel gaben und der Fall Bouazizi den Fall des in Polizeigewahrsam getöteten ägyptischen Bloggers wieder in Erinnerung rief, war die revolutionäre Kraft des Moments groß genug, um die Angst zu überwinden und trotz Ausgangssperre auf den Straßen ein Ende der obwaltenden Zustände zu fordern.

DER NORDAFRIKANISCHE AUFBRUCH

Blickt man auf diese jüngsten Ereignisse und Entwicklungen in den beiden bis dahin wohl stabilsten nordafrikanischen Ländern, in denen über einen Zeitraum von mehr als fünf Jahrzehnten nur wenige Präsidenten die Geschicke bestimmten, zwei in Tunesien (Bourghiba, Ben Ali) und drei in Ägypten (Nasser, Sadat, Mubarak), so erkennt man durchaus Ähnlichkeiten, aber auch deutliche Unterschiede in den Ursachen, die zu den jüngsten Ereignissen geführt haben.

In beiden Ländern konsolidierte der neue Machthaber nach Amtsantritt eine krisenhafte innenpolitische Situation. In Tunesien drohte die Staatsführung durch persönliche Sympathien von Angehörigen der Präsidentenfamilie über Gebühr in den israelisch-palästinensischen Konflikt verwickelt zu werden, wobei gleichzeitig radikale Islamisten, angefeuert und unterstützt von den Ereignissen im Nachbarland, Tunesien zu destabilisieren drohten. In Ägypten musste nach dem erfolgreichen Attentat der islamistisch inspirierten Soldaten der säkulare Staat im Innern verteidigt und dem Land wieder der Weg zurück in die Arabische Staatenfamilie gewiesen werden. Dass dies gelang, ohne sich vom Westen abzuwenden oder eingeleitete ökonomische und politische „Öffnungen“ (Infatih, Friedensprozess) zurückzunehmen, war ein wirklicher Erfolg. Die wirtschaftliche Liberalisierung dieser Länder brachte Wohlstand, wenn auch nicht für alle. In Tunesien konnte sich eine wachsende Mittelschicht bilden, in Ägypten profitierten dagegen zu wenige, als dass sich dies dauerhaft stabilisierend auf die innenpolitische Lage hätte auswirken können.

In Tunesien konnte sich eine Mittelschicht bilden, in Ägypten profitierten dagegen zu wenige, als dass sich dies dauerhaft stabilisierend hätte auswirken können.

Auch die beiden monolithischen Sammlungsbewegungen der Präsidenten, RCD und NDP, trugen durch ihre Exklusivität und Nähe zum Präsidenten dazu bei, dass es keinen wirklichen Spielraum für parteipolitischen Wettbewerb gab, ja dieser zeitweise sogar künstlich herbeigeführt werden musste. Selbst vage Hoffnungen auf einen durch Parteien, also auf demokratischem Wege, betriebenen politischen Wandel konnten so nicht bedient werden.

In beiden Ländern war mit dem Machtwechsel ein Ausnahmezustand verhängt worden. Die Repression nahm stetig zu.

Ähnlich verlaufen ist auch der Prozess der wachsenden Repression gegen die Masse der Bevölkerung. In beiden Ländern war mit dem Machtwechsel ein Ausnahmezustand verhängt worden, der in Ägypten bis zu den jüngsten Ereignissen fortbestand. Die Repression nahm stetig zu. Die Kontrolle der Bürger erstreckte sich mit Hilfe neuartiger Instrumente (Internet, Mobilfunk) auf fast alle Lebensbereiche. Nahezu nichts blieb den Sicherheitsbehörden verborgen, der „gläserne Bürger“ wurde, sobald er die Kreise der Herrschenden störte, unweigerlich zum Objekt der Einschüchterung und Disziplinierung.

Jüngere Bürger arabischer Staaten, nicht zuletzt durch die Globalisierung der Medien mündig geworden, sahen sich ihrer Menschenrechte beraubt und protestierten frustriert. Bald entlud sich die mühsam kontrollierte Wut. Es ist ein Zeichen für den „Überdruck“, der in den beiden Gesellschaften gerade auch in der Jugend entstanden ist, dass, bildlich gesprochen, ein kleines Loch im Fahrradschlauch sofort den ganzen Reifen platzen ließ – ohne Chance, das Fahrrad noch mit weichendem Reifendruck kontrolliert nach Hause zu steuern. Der Reifen ist geplatzt und die Panne zwingt zur Reparatur. Kein Flicken hilft, ein neuer Schlauch muss her.

Was nun geschieht, wird wohl auch den Unterschieden in den politischen Konstellationen der jeweiligen Länder Rechnung tragen müssen. Für beide Präsidenten, selbst für ihre Sicherheitsorgane kam dieser „Aufschrei“ überraschend, aber nicht nur für sie. Keine Oppositionspartei war vorbereitet. Selbst die als gut organisiert und informiert geltenden Muslimbrüder sprangen spät auf den Zug der Demonstranten auf.

So wird sich der ehemalige Kampfpilot Hosni Mubarak nicht wie sein Amtskollege Ben Ali davon stellen. Er verfügt bei den Massen der ägyptischen Bevölkerung (nicht dagegen bei den Demonstranten am Tahrir-Platz) noch über eine deutlich höhere Akzeptanz als der geflohene tunesische Präsident. Zwar haben beide den Zeitpunkt für eine würdige Übergabe der Macht verpasst, Mubarak hätte einen solchen aber zweifellos eher verdient als Ben Ali. Zudem stützt sich der ägyptische Präsident eher auf die Armee, der tunesische eher auf die (Geheim-) Polizei. In beiden Ländern hat die Armee einen eher guten, die Polizei jedoch einen katastrophalen Ruf.

In Tunesien waren es nicht nur die arbeitslosen Jugendlichen, sondern vor allem auch der von der Korruption der Präsidentenfamilie und der Wirtschafts- und Finanzkrise gebeutelte Mittelstand, der sich des Präsidenten entledigen wollte. In Ägypten sind es vorwiegend wütende Jugendliche, die den Protest tragen. Das Militär und die riesige staatliche Bürokratie stehen bisher (noch) abseits. Sie haben zu viel zu verlieren, wenn nicht nur der Präsident, sondern mit ihm das gesamte Regime abdanken müsste. Deshalb nun zu möglichen alternativen Szenarien der weiteren politischen Entwicklung.

ZUKUNFTSSZENARIO TUNESIEN

Politik

Es war absehbar, dass der verständliche Versuch der erst einmal im Amt verbliebenen Regierung, sich nahezu unverändert zur „Übergangsregierung“ zu machen, scheitern musste. Allein schon die Tatsache, dass sich der Präsident quasi freiwillig und nahezu unmittelbar dem Urteil des Volkes entzogen hatte, ließ die tunesischen Demonstranten weitere Opfer der Revolte fordern. Zwar zerstörte man das Parteigebäude des RCD

in Tunis nicht annähernd so umfassend wie später das der NDP in Kairo. Doch sollten weitere mit dem RCD verbandelte Minister und sonstige politische Amtsträger ebenfalls

„bestraft“ werden. Da half auch kein plötzlicher Parteiaustritt, die „Beschmutzung“ durch die Regimenähe war nicht zu reinigen. Unbelastete Männer brauchte das Land. Allein

Unbelastete Männer brauchte das Land. Allein dem Ministerpräsidenten billigte man schließlich eine Rolle als „Moderator des Übergangs“ zu.

dem Ministerpräsidenten billigte man schließlich eine Rolle als „Moderator des Übergangs“ zu, und dies wohl auch nur deshalb, weil er selbst seine Rolle und Funktion auf diesen absehbaren Zeitraum beschränkt sah und angab, darüber hinaus kein öffentliches Amt anzustreben.

Man folgt in Tunesien jetzt also weitestgehend den verfassungsrechtlichen Vorgaben – auch wenn viele noch der Ära Ben Ali entstammen. Für die Etablierung einer wirklichen, parlamentarischen Demokratie mangelt es an einer entsprechenden Verfassungsrealität und an einer ausreichenden Zahl in der Bevölkerung verankerter politischer Parteien. Deshalb muss es vor neuen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen jetzt vorrangig um eine Reorganisation des (vor-) politischen Raumes gehen. Die auch staatstragenden, in der Vergangenheit aber zu staatsnahen Gewerkschaften und Berufsverbände müssen sich neu erfinden. Die neuen politischen Überzeugungen brauchen jetzt den nötigen Raum und die Zeit, sich neu zu formieren.

Zeit wird zudem benötigt, um die verfassungsrechtlichen Grundlagen für andersartige (Aus-) Wahlverfahren zu schaffen und diese im Konsens zur Grundlage der jetzt anstehenden politischen Weichenstellungen zu machen. Wie dies geschehen kann, muss nun entschieden werden – ob mit einem gewählten Parlament, das aber eigentlich diskreditiert ist, mit einem verfassungsgebenden Konvent aus „Weisen“ oder durch einen runden Tisch aller politischen Kräfte. In vielem – nicht in allem – ist die Situation in Tunesien jetzt durchaus mit der sich auflösenden DDR zu vergleichen.

In vielem – nicht in allem – ist die Situation in Tunesien jetzt durchaus mit der sich auflösenden DDR zu vergleichen.

Wirtschaft

Neben der Umstrukturierung der politischen Akteure und Instanzen gilt es jetzt jedoch auch, die zügig wiedergewonnene Stabilität im Lande zu nutzen, um die wirtschaftliche Entwicklung wieder in Gang zu bringen. Zum Glück sind die Touristenressorts von der Zerstörungswut der Demonstranten weitgehend verschont geblieben. Auch die mittelständischen Lohnfertigungsbetriebe sollten die Revolte überwiegend heil überstanden haben.

Die Zeichen für eine schnelle Wiedergewinnung der schon einmal erreichten Wirtschaftskraft stehen deshalb recht gut, wenn diese auch nicht in der Lage sein wird, sofort alle aufgelaufenen sozioökonomischen Defizite kurzfristig zu beheben. Der Wegfall der präsidentiellen Korruption ist sicher ein wichtiger Faktor, der tunesische Unternehmer dazu bewegen wird, wieder in Tunesien und nicht mehr vorrangig im Ausland zu investieren. Ein solches „patriotisches“ Verhalten wird den Prozess der wirtschaftlichen Gesundung sicher beschleunigen.

Gesellschaft

Die Tatsache, dass der auslösende Faktor der Revolte in Tunesien die Verzweiflungstat eines frustrierten Absolventen eines Informatikstudiums gewesen ist, wirft ein bezeichnendes Licht nicht nur auf die ökonomischen, sondern vor allem die demographischen Herausforderungen, denen sich die arabischen Staaten gegenübersehen. Wenn über 50 Prozent der Bevölkerung in der Arabischen Welt unter 30 Jahre alt sind und die Facebook-Generation der 20- bis 30-Jährigen allein über 20 Prozent der Bevölkerung ausmacht, entsteht ein ernstzunehmendes Protestpotential. Ihre andersartige Sozialisation lässt die Demonstranten mehrheitlich nicht mehr resignieren, wie es der Tunesier Mohamed Bouazizi getan hat, sondern stattdessen ihre Rechte auf Teilhabe am wirtschaftlichen Wohlstand und an politischen Entscheidungsprozessen einfordern.

Das Ausmaß des Konfliktpotentials wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, dass in Tunesien das Verhältnis der Sechzigjährigen, die heute die Machtelite bilden, zu den Zwanzigjährigen eins zu 2,3 beträgt, in Ländern wie Ägypten sogar eins zu vier. Hier existiert ein längerfristiges Protest-ja Gewaltpotential, dass sich jetzt offensichtlich immer stärker auf die eigene, verkrustete Machtelite fixiert. Selbst bei Komplettbeseitigung der aktuellen Elite würden für jeden freiwerdenden Posten in Wirtschaft und Gesellschaft mindestens drei Bewerber bereitstehen. Dabei kann die tunesische Gesellschaft sogar noch ganz beruhigt in die Zukunft sehen, weil sie es heute „nur“ auf ein Durchschnittsalter von dreißig Jahren bringt.

Selbst bei Komplettbeseitigung der aktuellen Elite würden für jeden freiwerdenden Posten in Wirtschaft und Gesellschaft mindestens drei Bewerber bereitstehen.

Im Vergleich zu den Nachbarländern ist die Zahl möglicherweise frustrierter oder gar gewaltbereiter Jugendlicher geringer. Länder wie Ägypten mit einem Durchschnittsalter von 24 Jahren oder gar der Jemen und der Gazastreifen mit 17 Jahren haben da ganz andere Sorgen.

ZUKUNFTSSZENARIO ÄGYPTEN

In Ägypten werden sich die Dinge dagegen nicht so schnell wieder normalisieren. Es gibt verschiedene Faktoren, die den „Heilungsprozess“ deutlich erschweren werden. Entscheidend ist dabei der Umstand, dass das, was in Ägypten geschieht, enorme Bedeutung für die Entwicklungen in anderen Arabischen Staaten haben wird. Zwar ging nicht alles, was die Arabische Welt verändert hat, von Ägypten aus, aber erst durch die Adaption dieser Neuerung durch Ägypten erlangte es Bedeutung für die gesamte Region. Von einem demokratischen Erwachen der sunnitischen Staaten ist zweifellos zu erwarten, dass es Auswirkungen auf andere islamische Regime zeitigen wird. Das ägyptische Staatswesen war immer schon ein hoch zentralisiertes, bürokratisches Gebilde, in dem die öffentliche Verwaltung, das Militär, die zahlreichen Sicherheitsorgane und die früher noch zahlreicheren Staatsunternehmen über die Staatspartei aufs Engste miteinander verwoben waren. Nahezu alle Funktionen waren mit Parteimitgliedern besetzt. Ohne eine ausreichend bewiesene Loyalität zum Regime konnte man dort keine auskömmliche Beschäftigung finden.

Sollte die gezeigte Loyalität zum „alten“ Regime zum Ausschlusskriterium für zukünftige politische Funktionen und berufliche Verwendungen werden, wie dies die bisherige Entwicklung in Tunesien vermuten lässt, wird es viele geben, die etwas zu verlieren haben – zu viele womöglich. Gleichzeitig werden vor allem das Militär, aber auch die Sicherheitsorgane, angesichts anhaltender Massenproteste weiterhin eine wichtige, wenn nicht entscheidende Rolle bei der Begleitung der politischen Umstrukturierung spielen.

Das Militär, aber auch die Sicherheitsorgane, werden angesichts anhaltender Massenproteste eine wichtige Rolle bei der Begleitung der politischen Umstrukturierung spielen.

Seit der Ausrufung der Republik hat der stets dem Militär entstammende, ägyptische Präsident immer auch die Ehre und Würde des Militärs verkörpert. Das Militär hat deshalb kein Interesse daran gehabt, dass ihr „höchster Repräsentant“, auch wenn er sich inzwischen „zivilisiert“ hatte, in unwürdiger Weise von einigen Demonstranten aus seinem Amt vertrieben worden wäre. Deshalb hat der inzwischen installierte „Oberste Militärrat“ die von ihm selbst vollzogene Entmachtung des Präsidenten als „Rücktritt“ verkündet, obwohl offensichtlich scheint, dass dieser von Mubarak selbst nicht initiiert worden ist. Wenn hier von „einigen Demonstranten“ die Rede ist, dann deshalb, weil selbst 50.000 oder 100.000 mutige Mubarak-Gegner noch lange nicht die Wünsche und Hoffnungen einer Mehrheit der über 80 Millionen Ägypter widerspiegeln.

Auch wenn die Meinungen der Demonstranten durch die internationalen Medien eine beeindruckende Verbreitung erfahren, allein freie Wahlen können über die inhaltlichen

Allein freie Wahlen können über die inhaltlichen und personellen Präferenzen der ägyptischen Bevölkerung präzise Auskunft geben.

und personellen Präferenzen der ägyptischen Bevölkerung präzise Auskunft geben. Man sollte sich davor hüten, die Interviews mit demonstrierenden Regimegegnern zum Maßstab einer möglichen Stimmabgabe in kommenden Wahlen zu nehmen. Sie stellen eine Momentaufnahme dar und tragen vielleicht sogar dazu bei, die wahre Stimmungslage im Land zu verfälschen. Das gilt vor allem für das, was sich eine Mehrheit der Ägypter, und nicht allein die Demonstranten am Tahrir-Platz, von einer neuen Staatsführung erhoffen. Dies herauszufinden wird momentan zudem erschwert durch das erschreckende Fehlen inhaltlicher und personeller Stringenz in dem, was die Opposition bisher an Forderungen artikuliert hat.

Kenner des Landes wissen schon lange um die Zersplitterung der (partei-) politischen Opposition im Land, die sich zwischen den Parteien immer wieder genauso manifestiert wie in ihrem Inneren. Immer wieder konnten sich die Gruppierungen nur *gegen*, selten aber gemeinsam *für* etwas aussprechen. Deshalb kann die Einigung der Oppositionellen, keine fortgesetzte Ausübung der Staatsgewalt durch den Amtsinhaber zu akzeptieren, auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass daneben wenig existiert, worauf sie sich einigen könnten. Dabei sind noch nicht einmal alle

jene Ägypter ins Kalkül einbezogen, die sich täglich ganz anderen Problemen gegenübersehen als die überwiegend der ägyptischen Mittelklasse entstammenden Studenten auf dem Tahrir-Platz.

Ist also schon die Zielrichtung der Revolte inhaltlich vage bis unbestimmt, so fehlt es der Opposition zusätzlich an einer alle Kräfte hinter sich versammelnden Führungsfigur – übrigens auch in Tunesien. Allein der langjährige ägyptische Außenminister Amr Moussa kann für sich ein wenig das Etikett eines „Dissidenten“ in Anspruch nehmen, weil er wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Präsidenten sein Amt abgeben und vor Jahren die Funktion des Generalsekretärs der Arabischen Liga übernehmen musste. So konnte er eine gewisse Distanz zum Mubarak-Regime bewahren, die ihm in der jetzigen Phase noch zugute kommen könnte.

Der in den westlichen Medien immer wieder genannte Mohamed El Baradei dagegen mag in der Weltöffentlichkeit ob seiner Verdienste und Auszeichnungen über eine gewisse Bekanntheit und vielleicht sogar Sympathie verfügen, den meisten Ägyptern ist er jedoch schon durch seinen Jahrzehnte langen Auslandsaufenthalt heute eher fremd. Zudem gelten Landsleute, die ihrer Heimat für so lange Zeit den Rücken kehren, vor allem den vielen heimatverbundenen Ägyptern in den ländlichen

El Baradei hat nicht jahrelang unter dem Regime gelitten, wie es die Demonstranten für sich in Anspruch nehmen. Deshalb wird er nicht die Befreiung von diesem Regime anführen.

Regionen immer ein wenig als „Verräter“. Auch wenn er dafür seine internationalen Berufungen als Erklärung anführen kann, so hat er doch sicher nicht jahrelang unter dem Regime gelitten, wie es die Demonstranten für sich in Anspruch nehmen. Deshalb wird er nicht die Befreiung von diesem Regime anführen, auch wenn sich das mancher in den westlichen Hauptstädten wünschen würde.

Es bleiben also das Militär und die Sicherheitsorgane als wichtige Akteure, die sich nicht durch Gruppen der Zivilgesellschaft bevormunden lassen werden. Wenn man andererseits aber den Hass kennt, den ein Innenminister Adli auf sich ziehen konnte, und weiß, das zwischen ihm und anderen Vertretern der Sicherheitsorgane immer großes Einvernehmen über das herrschte, was politisch notwendig

erschien, ist daran zu zweifeln, dass dieses Militär wirklich allen Forderungen der Demonstranten gerecht werden kann. Die Zukunft der Revolte und damit des Landes allein dem Militär zu überlassen, wäre also ebenso fahrlässig, zumal ein Rückfall in autokratische Strukturen und Prozesse dann nicht auszuschließen wäre. Das Werk wird also wohl nicht ohne einen Prozess der „Versöhnung“ von zivilem und militärischem Denken und Handeln gelingen. Politik und Militär müssen zusammenkommen, um das in die Sackgasse manövrierte Land in eine hoffnungsvollere Zukunft zu führen.

Inzwischen hat sich auch die Vermutung mancher politischer Beobachter, dass man in Ägypten einen schon in der Vergangenheit praktizierten Weg über einen „Revolutionsrat“ mit exekutiven Vollmachten gehen würde, bewahrt. Die mit Vertretern der ägyptischen Zivilgesellschaft besetzten „runden Tische“ konnten, auch wegen der offensichtlichen Zerstrittenheit der verschiedenen Fraktionen, keine dauerhafte Wirkung entfalten. Stattdessen hat der „Oberste Militärrat“ die ägyptische Verfassung kurzerhand außer Kraft gesetzt und ein Gremium ihm vertrauter Verfassungsexperten mit der Aufgabe betraut, innerhalb von nur zwei Wochen einen neuen Verfassungsentwurf vorzulegen, den es dann zumindest als eine Art „Übergangsverfassung“ per Referendum in Kraft zu setzen gilt, als Grundlage der in sechs Monaten anberaumten Neuwahlen.

Es gilt, eine Art „Übergangsverfassung“ per Referendum in Kraft zu setzen und zur Grundlage der in sechs Monaten anberaumten Neuwahlen zu machen.

Die Entscheidung des „Obersten Militärrates“, das gerade erst unter dubiosen Umständen gewählte ägyptische Parlament aufzulösen, ist konsequent, da von diesem Parlament niemand eine wirklich konstruktive Rolle im beginnenden Umbauprozess des ägyptischen Regierungssystems erwarten konnte.

ÄGYPTENS MUSLIMBRÜDER – IST DER WEG FREI ZUR MACHT?

Zu den bedeutendsten Unwägbarkeiten, die mit diesem umfassenden Restrukturierungsprozess in Ägypten verbunden sind, gehört natürlich die Frage nach der zukünftigen Rolle, die die ägyptische Muslimbruderschaft spielen

könnte. Die angebliche oder tatsächliche Bedrohung des ägyptischen Regimes durch die Muslimbrüder war über Jahre das Hauptargument, weswegen westliche Regierungen eine „robuste“ Regierungsführung in Ägypten in Kauf genommen haben.

Die Meinungen über die Bereitschaft und die Fähigkeit dieser Gruppierung, das möglicherweise gerade entstehende politische Machtvakuum zu füllen, den jetzt auf den Weg zu bringenden politischen Wandlungsprozess in Ägypten zu beeinflussen oder sogar entscheidend zu bestimmen, gehen sehr weit auseinander.

Wenige Ägypter, mit denen sich westliche Vertreter in Kairo politisch auseinandersetzen, bekennen sich zu einer Mitgliedschaft in der Muslimbruderschaft.

Für viele ist die ägyptische Muslimbruderschaft bis heute immer noch eine „Blackbox“. Wenige Ägypter, mit denen sich westliche Vertreter in Kairo vornehmlich politisch auseinandersetzen, bekennen sich zu einer Mitgliedschaft. Die nominelle Größe dieser offiziell zwar verbotenen, vom Regime aber immer wieder geduldeten Organisation bleibt deshalb bis heute genauso unbestimmt, wie ihre mögliche Attraktivität in freien und geheimen Wahlen.

Viele Experten schätzen ihre Wahlchancen zumindest momentan eher geringer ein als noch vor wenigen Monaten. Dies mag den neuen Alternativen geschuldet sein, kann sich aber als Trugschluss und Ergebnis eines klugen politischen Kalküls der Bruderschaft erweisen. Ihr Verhalten während des aktuellen Protestes am Tahrir-Platz, wo es überraschend so gut wie keine islamischen Parolen zu sehen und hören gab, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die politische Zukunft Ägyptens langfristig eben nicht im Zentrum Kairos, sondern in einem neuen, frei gewählten ägyptischen Parlament entschieden werden wird. Dort werden die jungen Studenten, die heute ausländischen TV-Sendern bereitwillig Interviews geben, sicherlich in der Minderheit sein.

Zudem verfolgt die Bruderschaft erklärtermaßen seit geraumer Zeit eine Strategie, die sich nicht an kurzen Fristen orientiert, wie sie Legislaturperioden darstellen, sondern langfristig die islamische „Unterwanderung“ aller politischen Institutionen zum Ziel hat. Diese muss, nimmt man

vergangene Wahlerfolge der Muslimbrüder in verschiedenen ägyptischen Berufsverbänden für bare Münze, inzwischen als weitgehend erfolgreich angesehen werden.

Es ist nicht vollständig abwegig zu unterstellen, dass die von der Bruderschaft aktuell gezeigte Zurückhaltung Kalkül ist, um die in den westlichen Medien populäreren Kairoer Studenten den demokratischen Wandel erzwingen zu lassen und ihn dann zur mehrheitlichen demokratischen und damit legitimen Machtübernahme zu nutzen. Dabei bleibt momentan ebenso ungewiss, ob die Bruderschaft in der bekannten ideologischen Erstarrung verharren wird oder ob ein Teil der Bewegung nicht doch bereit sein wird, den parlamentarischen Weg in Richtung der

türkischen Regierungspartei AKP zu gehen. Richtig ist, dass sich die bisher in der ägyptischen Öffentlichkeit auftretenden höchsten Repräsentanten der immer noch geheimnisumwitterten Organisation bislang mit politischen Standortbestimmungen sehr zurückhielten. Es gibt zwar durchaus schon politische Positionspapiere, vorgelegt von einigen Parlamentsvertretern, die der Muslimbruderschaft zugeordnet werden können. Klarheit wird aber erst der anstehende Politikdialog bringen.

Es gibt schon Positionspapiere, vorgelegt von Parlamentsvertretern, die der Muslimbruderschaft zugeordnet werden können. Klarheit wird aber erst der anstehende Politikdialog bringen.

Diese Papiere zu studieren, kann schon jetzt nicht schaden, will man das breite Spektrum der politischen Meinungen ermessen, das sich bald beim ägyptischen Wähler um Unterstützung bemühen wird. Ob die überalterten Führungen der existierenden Oppositionsparteien dieser organisierten und ideologisch „gestählten“ Bewegung tatsächlich wirksam, vor allem aber ideologisch konsistent und erfolgversprechend entgentreten können, ist heute noch nicht absehbar.

Realistisch erscheint, dass die neue ägyptische Staatsführung Vertreter des Militärs und der Sicherheitsdienste einschließen wird, und dass deshalb einige der umfassenden Privilegien dieser Staatsorgane zumindest vorläufig erhalten bleiben. Ob es noch die alten Generäle sein können, die mehr als die unmittelbare Übergangsphase beeinflussen werden, ist fraglich. Einige jüngere

Militärs könnten die neuerliche konstruktive Distanz zum politischen Prozess sicher besser dokumentieren als jene Generäle, die sich noch vor wenigen Tagen im staatlichen Fernsehen mit dem bedrängten Präsidenten abbilden lassen mussten.

Die Vertreter der NDP werden es dagegen schwer haben, ihren politischen Einfluss auch in Zukunft geltend zu machen. Die Chancen für den Hoffnungsträger des alten Systems, den Sohn des Präsidenten und Vorsitzenden des Politischen Komitees der NDP, Gamal Mubarak, in Zukunft noch eine Rolle zu spielen, scheinen dahin.

DIE ÄGYPTISCHE WIRTSCHAFT

Die Zukunft der ägyptischen Wirtschaft haben die jüngsten Ausschreitungen zumindest kurzfristig verdüstert. Viele Vermögenswerte sind in den chaotischen Tagen der Revolte nicht nur in Kairo zerstört worden, darunter auch viele neue mittelständische Existenzen, die der Zerstörungswut und den Plünderungen zum Opfer gefallen sind. Gerade auf den Mittelstand hatte sich das in den vergangenen Jahren

erstaunlich robuste Wirtschaftswachstum in Ägypten gegründet. Der infolge der wirtschaftlichen Liberalisierungspolitik der jetzt abgelösten Regierung Nacif erlangte Status als drittgrößte arabische Volkswirtschaft ist

Wirtschaftliche Wachstumsraten von bis zu sieben Prozent werden sich nur schwer wieder erreichen lassen – und wenn, dann nur mit ausländischer Hilfe.

akut gefährdet. Wirtschaftliche Wachstumsraten von bis zu sieben Prozent und zuletzt immerhin noch fünf Prozent werden sich nur schwer wieder erreichen lassen – und wenn, dann nur mit ausländischer Hilfe. Es gilt, die deprimierenden Erfahrungen, die ägyptischen Jungunternehmer mit der „Revolte“ machen mussten, in neue Hoffnung und in neuerliche Bereitschaft zu Engagement und Investition zu überführen. Um diese Existenzen zu retten und Neuanfänge zu ermöglichen, wird es der Unterstützung nationaler und internationaler Banken durch neue Kredite bedürfen. Viel wird davon abhängen, wie die internationalen Wirtschaftsinstitutionen den weiteren Verlauf des Umbruchs bewerten. Mittelfristige Herabstufungen der Kreditwürdigkeit des Landes durch internationale Rating-Agenturen werden sich ebenso wenig vermeiden lassen wie ein Absturz der ägyptischen Börse und eine deutliche Schwächung der ägyptischen Währung.

All dies kann und wird einen zweifellos notwendigen wirtschaftlichen Neuanfang in Ägypten deutlich erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen, sollte sich die internationale Gemeinschaft nicht umgehend entschließen, Ägypten mit aller Kraft wirtschaftlich zur Seite zu stehen. Ohne eine Art „Marshallplan“ wird der ägyptische Bankensektor mit der Finanzierung des Wiederaufbaus völlig überfordert sein.

Gesucht wird auch eine zukünftige Rolle für nicht der Korruption verdächtige Vertreter der ägyptischen (Privat-) Wirtschaft. Diese haben eine ebenso große Verantwortung, das Staatsschiff wieder flott zu machen, wie ihre politischen Mitstreiter. Ohne die Sicherstellung des Überlebens der ägyptischen Industrie und des Tourismus kann Ägypten seinen Weg in eine neue politische Ordnung nicht konfliktfrei schaffen. Dann stünde zu befürchten, dass sich radikale Autokraten jeglicher Couleur als Ergebnis einer umfassenden Wirtschaftskrise des Landes ein weiteres Mal bemächtigen könnten. Klar ist aber auch, dass wirtschaftliches Wachstum und daraus resultierender Wohlstand nicht wie in der Vergangenheit allein auf wenige beschränkt bleiben können. Zwar haben sich die Regierung und vor allem der ägyptische Präsident jahrelang erfolgreich gegen die Forderungen des IWF gewehrt, die Subventionen für Grundnahrungsmittel und Energie zu kürzen, und damit der Masse der Bevölkerung eine Verschlechterung ihres Lebensstandards erspart, doch konnten die staatlich administrierten Löhne nur selten mit der Inflation im Land mithalten. Dies hatte der Revolte den Boden bereitet.

Die staatlich administrierten Löhne konnten nur selten mit der Inflation im Land mithalten. Dies hatte der Revolte den Boden bereitet.

Jede neue ägyptische Regierung wird deshalb rigide gegen Korruption und eine andauernde Verschwägerung von politischer und wirtschaftlicher Oligarchie vorgehen müssen. Nur eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen kann in Ägypten den Weg in eine vielversprechende Zukunft weisen, in der der „einfache Ägypter“ auch materiell von dem eingeleiteten Umbruch profitieren kann.

DIE LAGE DER KOPTEN

Eine besondere Herausforderung einer jeden zukünftigen, demokratischeren ägyptischen Regierung liegt im Verhältnis zwischen der Mehrheit der Muslime und der christlichen Minderheit der Kopten. Angesichts der jüngsten Anschläge auf koptische Christen muss es darum gehen, die Lage nicht nur zu beruhigen, sondern, wenn schon nicht zu einem gleichberechtigten Miteinander, dann doch wenigstens zu einem friedlichen Nebeneinander zurückzuführen.

Die bisherige Staatsführung unter Präsident Mubarak hat bisher durch ihr resolutes Eintreten für den Schutz der Religionsfreiheit der Kopten die Rechte dieser religiösen

Minderheit erfolgreich geschützt, auch wenn sie nicht alle Anschläge verhindern konnte.

Ob es der koptischen Minderheit in einer demokratischeren Ordnung wirklich besser ginge, muss (noch) bezweifelt werden.

Ob es dieser Minderheit in einer demokratischeren Ordnung wirklich besser ginge, muss (noch) bezweifelt werden. Das hängt

wesentlich vom Grad der konfessionellen Komposition und Ausrichtung der demokratisierten politischen Institutionen ab. Die Forderung nach einem Dialog mit den Muslimbrüdern, ohne auch der koptischen Minderheit Gespräche anzubieten oder sie doch wenigstens bewusst einzubeziehen, deutet daraufhin, dass die Vertreter der religiösen Mehrheit ein Vorrecht zur Strukturierung der Zukunft Ägyptens beanspruchen. Unklar ist heute, inwieweit eine auch politisch erstarkte Muslimbruderschaft bereit sein wird, der koptischen Minderheit dieselben Rechte und denselben Schutz zu garantieren, wie dies die bisherige Staatsführung zumindest immer bemüht war zu tun.

AUSWIRKUNGEN AUF DIE ARABISCHE WELT

Angesichts der Ereignisse in Tunesien und Ägypten war absehbar, dass es auch in anderen arabischen Ländern zu Demonstrationen kommen würde. Schließlich unterscheiden sich die politischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen in diesen Ländern nur graduell von denen in Tunesien und Ägypten. Gleichzeitig spekulierten viele Außenstehende sofort auf eine dem Zerfall des Ostblocks vergleichbare Entwicklung. Auch wenn das noch nicht ausgeschlossen werden kann, spricht doch

einiges dafür, dass es keinen Dominoeffekt geben wird. Stattdessen ist wohl eher mit einer flexiblen, wenn auch durchaus ernsthaften Reaktion der einzelnen Regime auf die jüngsten Entwicklungen zu rechnen.

Klar ist, dass der geflohene ehemalige tunesische Präsident Ben Ali seinen Amtskollegen mit seinem überhasteten Abgang keinen Gefallen getan hat. Interessant wird es sein, zu beobachten, wie sich die saudische Staatsführung dem offensichtlichen Exilgesuch des tunesischen Präsidenten Ben Ali gegenüber verhalten wird, auch angesichts des gegen ihn ausgestellten internationalen Haftbefehls.

Die vorläufige Aufnahme ist für Saudi Arabien ein zweischneidiges Schwert, kann es sich doch nicht auf das Argument zurückziehen, man müsse einen muslimischen Regenten, wie ehemals Idi Amin, vor der „Rache der Nicht-Muslime“ schützen. Einen für seine Religiosität nicht gerade berühmten muslimischen „Dieb“ vor seinen ebenfalls muslimischen „Opfern“ zu schützen und ihn bei sich dauerhaft zu beherbergen, könnte sich als ein schwierig durchzuhaltendes Unterfangen erweisen, auch wenn die Gründe dafür recht offensichtlich sind. Eine Bezugnahme auf das Verhalten der ägyptischen Staatsführung gegenüber dem persischen Schah Pahlevi kann der saudischen Führung wohl auch nicht helfen.

Wenn es dann schließlich doch noch zur Auslieferung Ben Alis kommen sollte, könnte sich dies als durchaus destabilisierende Blamage für die saudische Führung herausstellen. Dass sie vom Iran, dem größten Konkurrenten um die Hegemonie in der Region, genüsslich ausgenutzt werden würde, ist anzunehmen. Schon mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen in Ägypten hat sich der iranische Revolutionsführer Chamenei indirekt auf die Seite der ihm nun wirklich nicht nahestehenden Demonstranten gestellt, indem er auf eine ihm jetzt offensichtlich erscheinende Islamisierung der ägyptischen Bevölkerung glaubte hinzuweisen zu müssen. Die ägyptische Führung reagierte entsprechend erzürnt auf diese Einmischung in die inneren Angelegenheiten.

Mit Blick auf die Entwicklungen in Ägypten hat sich der iranische Revolutionsführer Chamenei auf die Seite der Demonstranten gestellt.

Anders stellt sich die augenblickliche Situation im Falle des ehemaligen ägyptischen Präsidenten dar. Es ist davon auszugehen, dass dieser vom „Obersten Militärrat“ gegen seine ausdrücklichen Willen zum Rücktritt gezwungen und in seiner Villa in Scharm El-Scheich unter Hausarrest gestellt wurde. Dass eine Machtübergabe in Form eines Militärputsches nicht verfassungsgemäß erfolgt ist, liegt auf der Hand, spielt aber auch keine Rolle mehr, nachdem der „Oberste Militärrat“ die ägyptische Verfassung inzwischen außer Kraft gesetzt hat.

Gerüchten zufolge soll Mubarak sich – tief enttäuscht von „seinen“ Generälen – momentan weigern, die ihm nach seiner Operation in Deutschland verordnete Medikation einzunehmen. Einigen arabischen Pressemeldungen zufolge soll er deshalb sogar schon zur clandestinen medizinischen Behandlung gebracht worden sein, möglicherweise nach Tabuk in Saudi Arabien.

Unter den Nachbarstaaten erscheint der Jemen momentan am meisten gefährdet, den Rest an innerer Stabilität zu verlieren.

Unter den Nachbarstaaten Tunesiens und Ägyptens erscheint der Jemen momentan am meisten gefährdet, den Rest an innerer Stabilität zu verlieren, den dieser Staat noch besitzt. Dies mag auch der Grund für die überhastet wirkende Erklärung des jemenitischen Staatspräsidenten gewesen sein, im Gegensatz zu seinen bisherigen Absichten im Jahr 2013 keine weitere Amtszeit mehr anzustreben. Damit bot er an, einen noch unklaren politischen Umbruchprozess zu begleiten und ihm einen ordnenden Rahmen zu geben.

Anders gelagert ist die Situation in den ehemaligen „sozialistisch“ inspirierten Republiken in Algerien und Syrien. Auch dort kam es zu Demonstrationen, die jedoch weniger die Staatsspitze angriffen, sondern eher sozioökonomische Missstände beklagten und Abhilfe forderten. Für eine unmittelbare Herausforderung der Staatsführung reichte der revolutionäre Impetus in diesen Ländern (noch) nicht. Die Staatssicherheit hätte das wohl auch sofort unterbunden. Den im Vergleich zu anderen arabischen Staaten weniger brisanten Forderungen der Protestierenden, die vielleicht sogar durch die Staatspartei initiiert oder gesteuert worden sind, begegnete

das Regime durch rasche Preissenkungen und Subventionserhöhungen und „entkräftete“ damit den Protest.

Noch weniger von einem Dominoeffekt bedroht erscheinen die arabischen Monarchien, vor allem jene in Jordanien und Marokko. Wie schon in der Vergangenheit zielt der kontrollierte Protest auf ökonomische Defizite und auf die für die Stabilität dieser Staaten noch weniger bedeutenden Regierungen. Entsprechend könnte die entstandene Unruhe in der jeweiligen Bevölkerung durch kosmetische Umbesetzungen der Regierungen behoben werden.

Sicherlich verbergen sich hinter den artikulierten sozioökonomischen Missständen auch „ernstere“ politische Frustrationen, doch sie kollidieren mit der Loyalität, die in diesen

Sicherlich gibt es auch in Jordanien und Marokko „ernstere“ politische Frustrationen, doch sie kollidieren mit der Loyalität gegenüber den Monarchen.

Ländern den Monarchen immer noch entgegengebracht wird. Zudem stehen die Sicherheitsorgane und vor allem die Armee in diesen Ländern vorbehaltlos zum Monarchen und nicht auf der Seite des Volkes, was mit ihrer Zusammensetzung und Art der Rekrutierung der höheren Offiziersränge zusammenhängt.

Das libysche Regime erscheint zwar nicht zuletzt wegen der teilweise konfusen Äußerungen des „Revolutionsführers“ Ghaddafi ebenso herausgefordert. Es wird aber abzuwarten bleiben, ob die sicher noch anhaltenden Demonstrationen in diesem Land tatsächlich die „kritische Masse“ erreichen, um für den seit mehr als 40 Jahren herrschenden Ghaddafi gefährlich zu werden. Wie andere Autokraten in der Region, hatte auch er eine in jüngerer Vergangenheit ebenfalls von Bengasi ausgehende Revolte mit militärischen Mitteln erfolgreich niederschlagen können.

AUSWIRKUNGEN AUF ISRAEL

Ein Blick auf die Auswirkungen der Ereignisse in Tunesien und Ägypten für die Region muss unvollständig bleiben, würde man die Situation und die möglichen Reaktionen des Staates Israel ausblenden. Jedem politischen Beobachter der Region ist klar, dass mit der eingetretenen Destabilisierung der „Südfront“ das alte Menetekel eines Zweifrontenkrieges wieder wahrscheinlicher geworden ist. Nach den Friedensabkommen mit Ägypten und Jordanien und

der Intervention im Irak konnte sich Israel ganz der militärischen Bedrohung aus dem „Norden“, also unmittelbar aus dem Libanon und Syrien sowie mittelbar aus dem Iran, konzentrieren. Zwar gab es eine Restbedrohung

Israel muss bewusst sein, dass eine „Demokratisierung“ in Ägypten die Beziehungen zwischen den Ländern verstärkt zu einem Gegenstand der politischen Auseinandersetzung machen wird.

aus dem Gazastreifen, doch diese bedurfte keiner strategischen Umorientierung der eigenen Verteidigungsanstrengungen. Dies könnte sich – je nach weiterem Verlauf der Ereignisse vor allem in Ägypten – jedoch als notwendig erweisen.

Auch Israel muss bewusst sein, dass eine stärkere „Demokratisierung“ in Ägypten die ägyptisch-israelischen Beziehungen verstärkt zu einem Gegenstand der politischen Auseinandersetzung zwischen den politischen Lagern machen wird. Solange diese Diskussion auf die entsprechenden demokratischen Institutionen wie das Parlament und die Regierung beschränkt bliebe, wäre sie für Israel wohl unbedenklich. Wenn dieser zentrale außenpolitische Aspekt jedoch Gegenstand einer demokratischeren Wahlauseinandersetzung würde, könnte dies unkalkulierbare Folgen für das israelisch-ägyptische Verhältnis zeitigen. Bekanntermaßen ist die Mehrheit der ägyptischen Bevölkerung gegen einen Frieden mit Israel und hat schon in der Vergangenheit immer wieder die Aufkündigung des Friedensabkommens mit Israel und die Ausweisung des israelischen Botschafters oder sogar die (endgültige) Schließung der israelischen Botschaft gefordert. Es würde sehr überraschen, wenn es in zukünftigen, demokratischeren Wahlauseinandersetzungen keine Gruppierungen gäbe, die dies zum Thema machen würden.

Die große Zurückhaltung israelischer Beobachter gegenüber einer Zulassung der Muslimbrüder fußt wesentlich auf der Erkenntnis, dass diese, sollten sie in Zukunft als politische Partei an demokratischen Wahlprozessen teilnehmen, ihre bekannten – um es vorsichtig auszudrücken – Israel-kritischen Positionen in die Auseinandersetzung um die Unterstützung der Wähler einbringen würden. Die Folgen wären absehbar. Selbst eine Vertretung dieser Denkrichtung durch 20 bis 30 Prozent der Abgeordneten eines zukünftigen ägyptischen Parlaments, was einem *best case*-Szenario entspricht, würde es jeder ägyptischen

Koalitionsregierung unmöglich machen, den bisherigen außenpolitischen Kurs gegenüber Israel unverändert fortzusetzen. Und auf eine Koalitionsregierung ähnlich derjenigen im Libanon muss man sich wohl jetzt auch in Ägypten vorbereiten. Eine parlamentarische Mehrheit für eine der zukünftigen Fraktionen im Ägyptischen Parlament ist schon wegen der zu erwartenden Parteieugründungen nicht zu erwarten. Die Gründung eines parteipolitischen Zweigs der Muslimbruderschaft ist ebenso wahrscheinlich wie das Entstehen einer koptisch ausgerichteten Partei.

All dies ist den Israelis wohl bewusst, weshalb sie sich bisher auch sehr zurückhaltend gegenüber der „Demokratiebewegung“ in Ägypten und den anderen arabischen Staaten geäußert haben. Indessen gilt grundsätzlich, dass Demokratien weniger häufig (und schnell) zu kriegerischen Mitteln greifen als Diktaturen, zumal gegen andere Demokratien. Genauso gilt allerdings, dass ein „kriegsmüder“ arabischer Diktator für Israel allemal besser ist, als eine „kriegslüsterne“ arabische Bevölkerungsmehrheit. Darüber hinaus ist der israelischen Führung natürlich auch klar, dass im Falle einer Aufkündigung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags durch eine zukünftige, demokratisch gewählte ägyptische Regierung Jordanien dem Beispiel folgen müsste, um das eigene Regime zu erhalten. Damit wären die Stabilisierungserfolge von Jahrzehnten dahin, und die Zukunft Israels in der Region wäre ungewisser als zuvor.

Manche Beobachter sind optimistischer und versprechen sich eine Entspannung der Beziehungen durch ein Ende der Praxis vieler despotischer arabischer Regime, die Kritik an der Politik Israels als bequemes Ventil zur Ableitung der Frustrationen ihrer Bevölkerung einzusetzen. Wenn interne politische und sozioökonomische Probleme verstärkt die politische Auseinandersetzung in den sich demokratisierenden arabischen Staaten bestimmen, so das Kalkül, rücken die Außenpolitik und damit die Beziehungen zu Israel aus dem Fokus der Printmedien. Ob sich diese Hoffnung erfüllen wird, bleibt jedoch abzuwarten.

Wenn interne politische und sozioökonomische Probleme verstärkt die politische Auseinandersetzung bestimmen, so das Kalkül, rücken die Beziehungen zu Israel aus dem Fokus der Printmedien.

FAZIT

Dieser Beitrag sollte nicht den Eindruck erwecken, als würden die Forderungen von Teilen der ägyptischen Bevölkerung nach mehr Freiheit und Gerechtigkeit und einem Umbau der politischen Ordnung hin zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht uneingeschränkt begrüßt. Es besteht kein Zweifel, dass eine solche Veränderung überfällig war und die etablierten Machtsysteme, vor allem das in Ägypten, zuletzt offensichtlich nicht mehr den notwendigen Reformwillen aufbrachten, um ihre Länder aus den Sackgassen ungelöster Nachfolgefragen und politischer Reformprozesse herauszuführen.

Nun steht allerdings ein schwieriger, weil umfassender Umbruch der politischen Ordnung bevor. Diesen zu strukturieren und gewaltlos zu einem zufriedenstellenden

Ergebnis zu führen, ist nun Aufgabe aller, vorrangig natürlich der in den politischen Instanzen agierenden Amts- und Funktionsträgern, aber eben auch neuer Akteure. Es waren schließlich die nach Freiheit und Demokratie strebenden Bürger, die diesen Prozess erzwungen haben, und sie werden

Der Vorwurf, das Geschehene sei in Kollaboration mit den üblichen „Feinden im Ausland“ herbeigeführt worden, wird von den meisten Beobachtern als übliche Schutzbehauptung der Regierung zurückgewiesen.

es auch sein, die ihn zu einem Ergebnis führen. Der Vorwurf der Ewig-Gestrigen, das Geschehene sei von radikalen Fundamentalisten in Kollaboration mit den üblichen „Feinden im Ausland“ herbeigeführt worden, um mit Hilfe naiver, unschuldiger Bürger das Regime zu stürzen, wird von den allermeisten Beobachtern als übliche Schutzbehauptung der Regierung zurückgewiesen.

Was den amerikanischen Regierungen über acht Jahre nicht gelungen ist, nämlich den ägyptischen Präsidenten zu umfassenden Reformen zu bewegen, das schafften mutige, ihre Apathie überwindende Bürger in acht Tagen. Dies belegt sowohl die Relativität externer Einflussnahme als auch die Relativität angeblicher politischer Allmacht von Autokraten. Viele Amtsträger in der Region wird das zu Recht beunruhigen und hoffentlich zu reformerischem Handeln bewegen.

Das Ausland mag jetzt Sorgen und Hoffnungen artikulieren, verantwortet wird die politische Entwicklung aber von den Akteuren in den betroffenen Staaten selbst. Unaufgefordert Ratschläge zu erteilen oder sich gar von außen in den Prozess einzumischen, wird nicht hilfreich sein. Die Tunesier und die Ägypter würden sich das verbitten. Die Würde und der Stolz, in Verbindung mit dem neu gewonnenen Selbstbewusstsein, werden den Prozess intern voranbringen, bis er einen Punkt erreicht, da sich die Vertreter der neuen politischen Ordnung in Ägypten mit ihren Vorstellungen und Wünschen auch an das Ausland wenden werden. Es ist absehbar, dass Ägypten diesen Umbruch nicht vollkommen eigenständig und ganz ohne ausländische Hilfe und finanzielle Unterstützung erfolgreich bewältigen kann. Der Wirtschaft Ägyptens wird ebenso geholfen werden müssen wie die demokratische Neuordnung des (vor-) politischen Raumes Unterstützung bedarf. Die notwendigen Neuwahlen verlangen nach gründlicher, auch legislativer Vorbereitung. Sie können erst stattfinden, wenn sich die neuen demokratischen politischen Akteure so weit konsolidiert haben, dass sie sowohl den gut organisierten Muslimbrüdern, als auch den bis dahin sicher umgruppierten Profiteuren der alten Ordnung Paroli bieten können.

Es ist absehbar, dass Ägypten diesen Umbruch nicht vollkommen eigenständig und ganz ohne ausländische Hilfe und finanzielle Unterstützung erfolgreich bewältigen kann.

In diesem Zusammenhang wird sich auch und vor allem für Europa die Chance bieten, sich konstruktiv in die Wandlungsprozesse einzubringen und den in jüngster Vergangenheit geschaffenen Institutionen und Instrumenten der Mittelmeerpolitik eine neue Bedeutung zu geben. Gerade Deutschland, aber auch einige osteuropäische Länder verfügen über noch lebendige Erinnerungen und Erfahrungen mit vergleichbaren politischen Umbrüchen. Sicher können nicht alle Schritte eins zu eins übertragen werden, nicht alle Instrumente passen in diesen andersartigen kulturellen und religiösen Bezugsrahmen. Aber vollständig unbrauchbar und nutzlos sind sie nicht. Es liegt jetzt an den Ägyptern, zu entscheiden, ob und inwieweit sie die angebotene Unterstützung annehmen wollen. Entsprechende Kooperationsangebote sollten nicht lange auf sich warten lassen.